

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

29. Juni 1968 - 52 / II
Einzelpreis DM 0.75

EXCLUSIV: EIN PAPIER DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES ÜBER DEN FRANZÖ-
SISCHEN STUDENTENFÜHRER DANIEL COHN-BENDIT (Seite 3)

SCHOCK IM SENAT: ZUWACHS UM NULL

Der Westberliner Senat hat stillschweigend seine Version fallengelassen, nach der die
Wirtschaft der Stadt "im Kern gesund" sei. Seit der Bundestagsdebatte über die West-
berlin-Situation sprechen Klaus Schütz und seine Senatoren vielmehr von einer bedrohli-
chen Wirtschaftsentwicklung, die nicht unterschätzt werden dürfe. Ursache dieses Wan-
dels vom Zweckoptimismus zum Realismus ist, wie man aus Senatskreisen erfährt, eine
vertrauliche Erhebung über die Investitionsplanungen der Westberliner Industrie. Sie soll
"katastrophale" Resultate zutage gefördert haben, heißt es. Unter den Senatoren soll die-
se Information über die zu erwartende Entwicklung in den nächsten Jahren "wie ein
Schock" gewirkt haben. Man habe sich spontan entschlossen, die Alarmglocke zu ziehen
und die bisherige Schönfärberei aufzugeben. Es handelt sich um die Industrieplanung,
deren Realisierung das Wirtschaftswachstum in einigen Jahren bestimmen wird. Prak-
tisch verzeichne es einen "Zuwachs um 0". EXTRA-Dienst wird sich bemühen, die ge-
nauen Daten dieser geheimgehaltenen Erhebung in Erfahrung zu bringen.

FU-ESKALATION: ZUSAMMENSPIEL NEUBAUER UND HARNDT

Die neue Eskalation an der Freien Universität mit Polizeieinsätzen im Rektorat und im
Japanologischen und Sinologischen Seminar stellt sich als Zusammenspiel zwischen dem
reaktionären Flügel der SPD und dem reaktionärsten Teil der Professorenschaft dar -
wobei beide Partner ihre eigenen Probleme lösen wollen. Aus liberalen Kreisen der SPD
verlautet dazu: Neubauer habe praktisch einen Alleingang unternommen, die Bitte Harndts
um Unterstützung kam ihm gelegen. Neubauer wollte eine sich ihm darstellende "Schwä-
cheperiode" der Studentenschaft ausnutzen um zu zeigen, daß er "der starke Mann in
Berlin ist". Harndt wiederum unternahm, gestützt auf reaktionäre Professoren, den
Versuch, durch eine mutwillige Eskalation, die eine Besetzung des Rektorats geradezu
provozierte, den "gemäßigten Professoren" darzulegen, daß "die radikale Studentenschaft
Reformen gar nicht wünsche". Rektor Harndt ist ein entschiedener Gegner einer Struk-
turereform, wie sie am OSI (siehe Dokumentationsteil) zur Debatte steht. In der letzten
Sitzung des Akademischen Senats zeigten sich deutlich zwei Gruppen: Eine stärkere, die
das neue OSI-Statut ablehnt und eine schwächere, die seine Verabschiedung fordert. -
Die liberale Fraktion der SPD, vor allem Senator Evers und die Abgeordneten Löffler,
Vortisch und Stobbe, waren tief deprimiert über das extreme Verhalten von Neubauer
und Harndt. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Aus der Umgebung von Evers
verlautet dazu, man habe ihn selten "so wütend" gesehen. Die Zuspitzung der Situation

an der FU wird in den nächsten Wochen auch zu einer verschärften Auseinandersetzung innerhalb der SPD führen; es ist nicht ausgeschlossen, daß Hochschul-Senator Stein, der wie üblich nicht zur Stelle war, als sich die Eskalation abzeichnete, nun doch den Senat verlassen muß. Die Linke und die Mitte der SPD will ihn endgültig los werden; es scheint möglich, daß ein profilierter Mann der Mittelgruppe - vielleicht Löffler - an seine Stelle rücken wird.

CHEMISCHE KAMPFSTOFFE: MERKWÜRDIGKEITEN UM HERSH-BUCH

Das von dem amerikanischen Journalisten Eymour M. Hersh verfaßte Buch "Chemische und bakteriologische Kriegsführung" ist bereits vor seinem Erscheinen zu einem Politikum geworden. Das Buch war den einschlägigen Buchhandlungen - auch in Westberlin - angekündigt worden. Die Auslieferung erfolgte bisher aber nicht. EXTRA-Dienst-Rückfragen bestätigten das auch am Freitag dieser Woche. Hersh berichtete früher ständig aus dem Pentagon, greift in seinem Werk aber ein Thema auf, das sowohl den USA als auch der Bundesregierung angesichts des Vietnam-Krieges alles andere als angenehm ist. In dem Hersh-Buch soll stehen, daß die USA der Bundesrepublik "Ausrüstungen für bakteriologische und chemische Waffen" zur Verfügung stellen und "daß eine Reihe von Materialien für diesen Zweck in die Bundesrepublik verschifft worden sei" (siehe FAZ vom 5. Juni 1968). Noch vor Erscheinen des Buches wurde in Bonn wie in Washington dementiert, was der Pentagon-Spezialist ausplauderte.

Aus dem Koblenzer Amt für Wehrtechnik und Beschaffung, wo man es eigentlich wissen müßte, war freilich - wenn auch auf verschlüsselten Wegen - anderes zu erfahren: Die Bundeswehr erhielt beispielsweise vom Pentagon eine Dokumentation, betitelt "Geräte für den Einsatz von Kampfstoffen zur Bekämpfung von Unruhen", Muster dieser Geräte und Bauanleitungen mit Abbildungen, auf deren Grundlage in der Bundesrepublik entsprechende Geräte nachgebaut werden können. Es handelt sich dabei um einen E 8-Werfer mit 35mm-Patronen, 16-rohrig, um die Kanisterbündel E 158 und E 159 zur Bekämpfung von Unruhen mit CS-Kampfstoffen (nach Pariser Vorbild) sowie um ein "Verblasegerät" von Kampfstoffen.

Die Geräte, deren Bau die Bundeswehr derzeit offenbar überlegt, wurden bereits in Vietnam eingesetzt. Amerikanische Alarmeinheiten, die sich auf einen "heißen Sommer" der Rassen- und Sozialunruhen vorbereiten, sind mit diesen Geräten ebenfalls ausgerüstet.

SPEKULATIONEN: NEUE BÜRGERLICHE REFORM-PARTEI

Die "Vertraulichen Mitteilungen" des der Industrie nahestehenden CDU-Mitgliedes Artus Missbach haben erstmals Bestrebungen publiziert, die auf Gründung einer neuen, nicht sozialistischen Reformpartei in der Bundesrepublik hinauslaufen. Inwieweit sich diese Parteigründung auf prominente Politiker der bestehenden Parteien stützen wird, ist nicht bekannt; es heißt, einige Politiker, die nicht durch das Geschäft der Großen Koalition desavouiert worden seien, "hielten sich bereit". Weiter wird bekannt, daß einige Schriftsteller sowie Zeitungs- und Zeitschriftenverleger dem Projekt nicht nur ideell, sondern auch finanziell verbunden seien. Der vertrauliche Informationsdienst beschäftigt sich aber weniger mit dem finanziellen oder personellen Hintergrund. Er schreibt: "Man ruft nach einer Gruppierung, mit der sich die Enttäuschung über CDU und SPD vernünftig auffangen läßt, ohne in Extremismus zu verfallen." Bei jungen CDU-Leuten, so der Dienst, neige man aber eher zu einer rechten als einer liberalen Neulösung: "Für diesen Staat, für diese Gesellschaft ist es entscheidend, ob und wann Strauß und seine CSU den Mut zum Austritt aus der Großen Koalition finden. Das wäre mehr als eine bayrische Angelegenheit." Schon der kommende Herbst werde zeigen, ob sich die Projekte verwirklichen lassen. - Journalistische Beobachter in Bonn, die der CDU nahestehen, halten diese Projekte "für Hirngespinnste". Man würde sie aber bewußt publizistisch forcieren, um einen gewissen Druck auf die Parteien auszuüben. Meinungsumfragen der letzten Zeit hätten ergeben, daß zur Zeit fast 35 Prozent der Bevölkerung nicht zur Wahl gehen würden, da sie enttäuscht seien. Der "Beliebtheitspegel" der Parteien hatte Anfang Mai folgenden (bisher unveröffentlichten) Stand: CDU/CSU 39 Prozent, SPD 30 Prozent, FDP 14 Prozent, NPD 12 Prozent, potentielle Links- und Protestwähler 5 Prozent.

BUNDESNACHRICHTENDIENST: MATERIALIEN ZU COHN-BENDIT

Der Bundesrepublik aufwendigster Geheimdienst, der Bundesnachrichtendienst (BND), hat in seinen - natürlich nicht publizierten - "Informationen", Ausgabe Juni 1968 (Nr. 23) ein Papier über den französischen Studentenführer Cohn-Bendit gefertigt. Zum Informationsdienst erschien das Papier als "Beilage". EXTRA-Dienst ist in der Lage, das Papier im Wortlaut abzdrukken:

"DANIEL COHN-BENDIT - ANARCHIST UND PHANTAST

Der 1945 in Montauban (Frankreich) geborene Sprecher der ultra-linken Studenten von Paris, Daniel (eigentlich Markus) Cohn-Bendit, entstammt einer 1933 nach Frankreich emigrierten jüdischen Familie. Für das politische Engagement in seinem Elternhaus spricht die Tatsache, daß sich sein Vater aktiv innerhalb der trotzkistischen IV. Internationale betätigte.

Cohn-Bendit, seit 1964 an der Sorbonne immatrikuliert, wechselte wiederholt die Studienrichtung; z. Z. bezeichnet er sich als Student der Soziologie. Obwohl er von den vorgeschriebenen vier Zwischenprüfungen bisher nur eine absolvierte, erhält er weiterhin aus dem Wiedergutmachungsfonds des Landes Hessen ein Stipendium.

Ideologisch ist Cohn-Bendit als Anarchist anzusehen. Gewisse Elemente seiner Weltanschauung entstammen den Lehren Marcuses, andere dem Trotzismus, dem Maoismus und dem Castrismus. In der Diktion der Kommunisten Moskauer Prägung wird ein derartiges ideologisches Gemisch als linker Eklektizismus bezeichnet. Charakteristisch ist Cohn-Bendits Stellung zur Gewalt, die er, sofern sie von den Revolutionären ausgeübt wird, als heilsam ansieht. Als Anarchist propagiert er den individuellen und kollektiven Terror. Vom ursprünglichen Grundgedanken des Anarchismus - der Abschaffung jedes gesellschaftlichen Zwanges und der Errichtung einer herrschafts- und autoritätslosen Gemeinschaft - hat sich bei Cohn-Bendit nichts erhalten. In der Bejahung des "Zwanges zum Fortschritt" erweist sich Cohn-Bendit jedoch als Leninist. In seiner Argumentation knüpft er an die anarchistische Tradition der Pariser Kommune (1871) an. Wenn jedoch die Neo-Anarchisten der Pariser Sorbonne den alt-anarchistischen Theoretiker Proudhon ("Eigentum ist Diebstahl") zu ihrem geistigen Vater rechnen, muß dies absurd erscheinen. Proudhon kämpfte zu seiner Zeit erbittert gegen den Kommunismus und warf Marx vor, an Stelle des Reiches der Freiheit ein kollektivistisches Zwangssystem anzustreben. Die heutigen Sorbonne-Anarchisten hingegen scheinen objektiv als Vorhut einer ultralinken Bewegung, deren Zentrum und Kommandozentrale die Kommunistische Partei Frankreichs bildet, zu fungieren.

Das subjektive Verhältnis Cohn-Bendits zum Leninismus ist kompliziert. Obgleich er in letzter Zeit betonte, die Führung der Revolution liege bei der Arbeiterklasse und ihrer Partei, ist er von der Mission der radikalen Intelligenz durchdrungen wie früher die russischen Narodniki und Anarchisten um Bakunin und Kropotkin von der Oktober-Revolution. Nach Vorstellungen Cohn-Bendits und seiner Anhänger sollen die Arbeiter eine Massenbasis für die Durchsetzung der Ziele einer Elite-Bewegung bilden. Hierin und in der intellektuellen Arroganz ergeben sich bei Cohn-Bendit Analogien zu Dutschke und anderen SDS-Theoretikern. In ihrer im Grunde verächtlichen Haltung gegenüber den "verspießerten Proleten" klassifizieren sich sowohl Sorbonne-Anarchisten als auch SDS-Extremisten als Links-Faschisten.

Die Reformbedürftigkeit der französischen Universitäten wurde von Cohn-Bendit und seinen Anhängern als Vorwand genommen, eine "direkte Aktion" trotzkistischen Musters auszulösen. Die linksradikale Gruppe an der philosophischen Fakultät in Nanterre bereitete einen Aufstand seit Ende März d. J. vor. Aktions- und Guerilla-Trupps wurden gebildet, Molotow-Cocktails angefertigt und der Barrikadenbau geprobt. Anfang April begann der Terror der Linksradikalen in Nanterre und an der "Ecole Normale Supérieure". De Gaulle nannte dies in offensichtlicher Unterschätzung einen "Karneval", der dann allerdings die Initialzündung zu einer revolutionären Bewegung werden sollte.

Die "direkte Aktion" sollte nach Vorstellungen Cohn-Bendits zum Guerillakampf gesteigert und bis zum Sturz des gaullistischen Regimes - ohne Rücksicht auf den Ausgang der Wahlen - fortgesetzt werden. Dabei seien die revolutionären Studenten bereit, für eine

gewisse Zeit eine Übergangsregierung zu "tolerieren". Der völlige Sturz des Kapitalismus dürfe jedoch nur um Wochen verzögert werden. In dieser Phase könnte ein studentischer Druck auf die "zur Verbürgerlichung neigenden" KPF-Führer erforderlich werden. Als Vollstrecker der "direkten Aktion" bieten sich in letzter Zeit neben den radikalen Studenten immer mehr kriminelle und asoziale Elemente an.

Nach Lenin erfüllen in einem gewissen frühen Stadium der Revolution "Anarchisten, Sozialrevolutionäre und Sozial-Utopisten" eine durchaus nützliche Funktion bei der Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaft. Später, nach Errichtung der Diktatur des Proletariats, werden diese radikalen Verbündeten nach kommunistischer Lesart als "schädliche Sektierer" abgewertet. (Vgl. Lenins Schrift: "Der Linksradikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus"). Dieses Stadium ist in Frankreich bisher nicht erreicht worden. Daher dienen Cohn-Bendit und seine Anhänger als Rammbock der KPF, die sich nicht exponieren muß und die Rolle der "staatserhaltenden" Partei weiterspielen kann. Indem Waldeck Rochet die studentischen Exzesse verurteilt, präsentiert er seine Partei den erschreckten Franzosen geradezu als Alternative zur Anarchie.

Sogar nichtkommunistische Publikationsorgane erweisen den Revolutionären einen unschätzbaren Dienst, indem sie die taktischen und ideologischen Unterschiede zwischen der KPF und den linken Ultras hochspielen und von den Anarchisten, Maoisten und Castristender Sorbonne als "eigentlichen Revolutionären" sprechen. Tatsächlich aber verhält es sich genau umgekehrt: Die studentischen Revolutionäre können zwar demonstrieren, randalieren, Terror ausüben und Initialzündungen auslösen, aber einen echten Umsturz nicht herbeiführen. Dies läge in der Macht der KPF, und sie konnte sich, dank Cohn-Bendit und anderer, bisher im Hintergrund halten.

Trotz seines erheblichen Einflusses auf die radikale Studentenschaft sollte der 23-jährige Cohn-Bendit nicht als revolutionärer Führer von großem Format bezeichnet werden. Rhetorisch ist er kein Danton, eher ein primitiver Agitator, der die Emotionen seiner fanatisierten Zuhörer mehr aufputscht als lenkt."

4. JULI: AKTIONSTAG GEGEN US-AGGRESSION IN VIETNAM

Der Arbeitsausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat die Ausschüsse und Mitarbeiter der Kampagne und andere Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition aufgerufen, den 4. Juli 1968 zum Aktionstag gegen den Krieg der USA in Vietnam zu machen. Am 4. Juli jährt sich der Tag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. In dem Aufruf heißt es u. a.: "Die USA setzen in Südvietnam immer noch auf Sieg. Sie sind nicht bereit, ihre Aggression abubrechen und politische Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes zuzulassen. Diese Konsequenz zieht auch Hanoi. Es wird deshalb, nachdem es 1954 von allen Seiten im Stich gelassen und von den USA betrogen worden ist, jetzt mit Recht in Paris sehr hart verhandeln. Unsere Aufgabe in dieser Situation ist es, den internationalen Druck auf die US-Regierung wieder zu verstärken. Johnsons Versuch, wie schon vorher mit seinen nur scheinbaren Friedensoffensiven, erneut die Weltöffentlichkeit zu täuschen, muß mit der massiven Forderung nach sofortiger Einstellung des gesamten Bombenkrieges gegen Nordvietnam beantwortet werden, einer Forderung übrigens, die U Thant, der Generalsekretär der UNO, seit Jahren erhebt. Wir rufen deshalb auf, auch in unserem Lande erneut die wahren Hintergründe des Vietnam-Krieges bewußt zu machen. In gleichem Sinne werden in anderen westlichen Ländern Aufklärung und Aktionen stattfinden. Der US-Regierung darf jetzt keine Pause für die Neuformierung ihrer Kräfte gegen das Volk Vietnams gewährt werden."

BLUTSPENDE-AKTION: AM MITTWOCH FÜR VIETNAM

Für Mittwoch, 3. Juli, zwischen 10 und 13 Uhr, ruft der AStA der FU zu einer Blutspendeaktion für Nordvietnam auf. Blut kann zu diesem Termin im Rudolf-Virchow-Krankenhaus, 1 Berlin 65, Augustenburger Platz 1, gespendet werden. Für den Erlös der Blutspende soll Chirurgisches Feldbesteck für das kämpfende Vietnam gekauft werden. Die Blutspendeaktion war bereits zum Vietnam-Kongreß im Februar beantragt worden. Die Genehmigung ließ drei Monate auf sich warten. Gesundheitssenator Bodien gab sie jetzt.

DOW CHEMICAL COMPANY: NAPALM FÜR HUMANEN KRIEG

Die von den Vietnam-Kriegsgegnern in den USA und Europa heftig angegriffene Dow Chemical Company "beschloß" auf einer Jahreshauptversammlung der Aktionäre, die Produktion von Napalm fortzusetzen. Die Abstimmung kam zustande nach Vorlage eines außerordentlich günstigen Geschäftsberichts, den der Präsident begründet hatte: Die Firma Dow, so der Präsident, trage mit ihren Produkten dazu bei, daß ein humaner Krieg geführt werde. Dow produziert neben Napalm vor allem Nervengase, die in Vietnam eingesetzt werden.

GEHEIMDIENST-CHEF: KRITIK AM SCHAH

Die Konföderation Iranischer Studenten (CIS) in Westberlin wies in einer Erklärung darauf hin, daß der ehemalige Chef des iranischen Geheimdienstes SAVAK, General Bakhtiar, durch öffentliche Äußerungen und Interviews den Eindruck zu erwecken suche, er gehöre zur oppositionellen Bewegung der Iraner im Ausland. In Interviews hatte sich der Ex-Geheimdienstchef kritisch gegenüber dem persischen Regime und dem Schah geäußert. Die Äußerungen, so die Konföderation, seien "eine Taktik des amerikanischen Geheimdienstes, der tatsächlichen Opposition im Ausland zu schaden."

PERSONALIEN

KLAUS SCHÜTZ, Westberliner Regierender Bürgermeister, auf der Kieler Woche: "Die Kieler Woche vor dem 1. Weltkrieg hatte stets hohen Besuch aus Berlin, an dem ich mich nicht zu messen, vor allem meine Wirkung zu vergleichen wage."

VON BRUNN, Professor, Doktor, Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Gießen, während einer Sitzung des Großen Senats der Universität zum Studentenvertreter, dem Jurastudenten Michael Brelang: "Halt die Schnauze, du rotes Schwein".

BERLINALE: "MIT POLITIK NICHTS ZU TUN" ?

Mit der Begründung, die Berlinale habe als ein rein künstlerisches Ereignis "mit Politik nichts zu tun", wies am Montag der britische Produzent Sam Waynberg die Bitte des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda zurück, seinen Film "Pforten zum Paradies" von den Filmfestspielen zurückzuziehen. Wajda hatte sich darauf berufen, daß sein Land aus politischen Gründen an der Berlinale nicht teilnehme. Für die Pointe dazu sorgte jetzt die Berliner Festspielleitung: Sie ließ den Festspiel-Journalisten als Pressematerial eine Film-Sonderausgabe des "Pressespiegel der Sowjetzone" überreichen, den das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen herausgibt. Das Blatt erscheint mit einer regelmäßigen Beilage "Jenseits der Oder-Neiße-Linie".

WITZ DES FESTIVALS

Die Mittwoch-Ausgabe der Berlinale-Zeitung "Festival-Express" brachte als Aufmacher eine satirische Prognose für 1969 aus der Feder des in London lebenden Exil-Berliners Pem. Einige der Pointen:

Januar: "Als ersten Schritt zur Wiedervereinigung anerkennt Bonn Walter Felsenstein."

Februar: "Friedmann kauft Bucerius, Bucerius kauft Burda, Burda kauft 'Playboy', 'Playboy' kauft 'Soldatenzeitung', Sybille interviewt Springer, Springer kauft Constantin-Film."

März: "Berlin feiert die 250. Krise!"

April: "Festspielleiter Dr. Bauer droht von seinem Posten zurückzutreten, wenn die Jungfilmer auch in diesem Jahr nicht revolutionieren." - "Bild-Zeitung erscheint ohne Überschrift, und ihr Chefredakteur Peter Boehnisch begeht - wie immer in solchen Fällen - Selbstmord."

Juni: "Das Zweite Deutsche Fernsehen läßt seine Berlinale-Sendung unter dem Titel 'Tea for Two' laufen."

DUTSCHKE-BRIEFE: IN EINEM NEUEN VERLAG A LA VOLTAIRE

Der Westberliner Voltaire-Verlag von Nicolaus Neumann, einer der profiliertesten linken Verlage der Bundesrepublik und Westberlins, mußte Konkurs anmelden. Das bekann-

teste Druckerzeugnis des Verlags, die Voltaire-Flugschriften, werden allerdings weiter erscheinen. Die Rechte dafür hat der bisherige Neumann-Mitarbeiter Bernward Vesper. Die Flugschriften sollen in einem Verlag, "der irgendwas mit Voltaire zu tun haben und eine GmbH sein wird" (so Vesper) weiter erscheinen. Im Druck sind derzeit dort "Briefe an Rudi D.", das in einer Auflage von 40 000 erscheinen wird; ein Vorwort hat Rudi Dutschke geschrieben, die Herausgabe Stefan Reisner besorgt. Der Band wird zahlreiche Faksimiles enthalten. In den Flugschriften werden noch in diesem Sommer ediert: ein Text von Isaac Deutscher über den arabisch-israelischen Konflikt; das Interview zwischen Günter Gaus vom Südwestfunk mit Rudi Dutschke; Thesen zur Schwarzen Revolution von Carmichael; "Guerilla und Klassenkampf in Lateinamerika" von Romeo; eine Arbeit von Siepman-Schneider über den "Spiegel - Nachricht als Ware". Der neue Verlag plant neben der Flugschriften-Weiterführung die Herausgabe einer politischen Paperback-Reihe mit dem Titel "Handbücher"; die ersten Bände sollen zur Herbstmesse (Mitte September) vorliegen. Geplant sind vorerst die Reden von Malcolm X; "Politische Reportagen" von Günther Wallraff; Maos Schriften zur Kulturrevolution; die wichtigsten Texte zur Räte-demokratie als "Räte-Lesebuch" und eine Text-Sammlung zur "Theorie der toten Kosten von Marx bis zur Gegenwart" des vor dem Zugriff der Polizei "untergetauchten" SDS-Mitgliedes Roth. Vesper: "Wir haben gestern ausführlich über das Buch gesprochen". "Ohne Kommentar" wollte Bernward Vesper die Frage nach einer geplanten Zeitschrift "partisan" lassen. Gerüchte besagen, eine Frankfurter Verlagsgruppe habe für das Projekt einer "kulturrevolutionären und überhaupt revolutionären Zeitschrift", die DM 1,50 kosten soll und deren Chefredakteur der Dutschke-Freund Gaston Salvatore werden soll, 8 Millionen Mark bereitgestellt. Vesper, eindringlich befragt: "Man kann doch nicht jeden Quatsch dementieren. Richtig ist, daß ein solches Zeitschriftenprojekt im Gespräch ist. Das ist aber auch alles."

EXTRA-DOKUMENTATION

VDS ZUR HOCHSCHULREFORM: INSTITUTE VON RATEN LEITEN LASSEN

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) legte auf einer Pressekonferenz in Bonn eine neue Konzeption für die Hochschulpolitik vor. EXTRA-Dienst veröffentlicht die Erklärung des VDS im Wortlaut:

I. Die Hochschulpolitik des VDS

1. Der jahrzehntelange Mißerfolg der Hochschulreformbemühungen hat eine Verlagerung von den Anstrengungen um die inhaltlich-konzeptionellen Bemühungen auf die Strategie der Hochschulreform notwendig gemacht. Hochschulreform war in den letzten Jahren und ist auch leider jetzt noch eine Frage des Widerstandes gegen den Immobilismus und gegen jene Kräfte, die die Universität nicht reformieren, sondern bloß rationalisieren wollen.

Die Studentenrevolte hat bei den Rektoren und in den Ministerien Unruhe hervorgerufen, die sich in Reformvorschlägen, die schon lange fällig waren, niederschlägt. Der VDS will diese Bereitschaft nutzen und ist gewillt, seine Vorstellungen mit allen Gremien zu diskutieren. Die Intransigenz vieler Professoren und Ministerialbeamten macht solche gemeinsamen Gespräche allerdings häufig zu einer Zeitverschwendung. Der VDS weist jedoch mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, er folge einer „Verelendungstheorie“, die die Studenten an den Universitäten bewußt in den katastrophalen Zuständen lassen wolle, um sich ein — wie es heißt — revolutionäres Potential zu erhalten.

2. Der VDS ist gegen die herrschende Tendenz, Hochschulreform allein unter dem Aspekt von Rationalisierung und Effektivierung zu betreiben. Selbstverständlich liegt auch dem VDS an einer leistungsfähigen Universität. Solange aber der wirtschaftliche Produktionsprozeß sich nicht am sozial-humani-

tären Fortschritt orientiert, solange die Interessen der Wirtschaft den Erkenntnisinteressen der Wissenschaft zuwiderlaufen, hat sich die Universität gegen die Übernahme gesellschaftlicher Maximen zu wehren. Leistung darf nicht als Fremdes oktroyiert werden, sondern sie hat sich an den Zielen der Wissenschaft zu orientieren.

Um ein hartnäckiges Mißverständnis auszuräumen, betonen wir, daß diese Erkenntnisziele aus dem rein theoretischen Bereich heraus in die Praxis streben und die Vorbereitung auf gesellschaftliche Tätigkeiten für die Hochschule keine Zweckentfremdung bedeutet. Die Hinführung auf bestimmte Berufe gehört also zu den selbstverständlichen Aufgaben der Universität.

3. Eine ihren eigenen Zielen nicht entfernte Universität kann nur erreicht und erhalten werden, wenn alle Mitglieder — ohne Ausschluß der Öffentlichkeit — die neue Hochschule bestimmen. Der VDS weist alle Vorstellungen der Länder zurück, in denen Hochschulgesetze und Neugründungspläne realisiert werden sollen, ohne die Studenten in gleichem Umfang an verbindlichen Beratungen zu beteiligen wie Professoren und Assistenten. Bei diesen grundsätzlichen Entscheidungen über Stellung und Struktur der Hochschulen gibt es ganz sicher keine differenzierte Verantwortlichkeit, wie sie bei der Drittelparität von den Professoren ins Feld geführt wird. Alle sind unmittelbar betroffen und deshalb in gleichem Umfang zur Beratung und Entscheidung heranzuziehen.

Der Vorstand des VDS betont an dieser Stelle noch einmal die Forderungen der Mitgliederversammlung von München:

1. Abschaffung des Lehrstuhlprinzips zugunsten einer einheitlichen Professur, die apl. Professoren und Privatdozenten heutiger Art gleichberechtigt mit umfaßt. Der Lehrstuhl als Verwaltungsinstanz wird in das unterste fachliche Kollegialorgan, Instituts- bzw. Abteilungsrat, integriert.

2. Abschaffung der Habilitation zugunsten eines einheitlichen, objektivierten Berufungsverfahrens, zu dem sämtliche wissenschaftliche Arbeiten der Bewerber sowie Vorlesungsrezensionen u. ä. heranzuziehen sind. Jede Professur wird öffentlich ausgeschrieben. Der Berufungsvorschlag ist in der Regel aus dem Kreis der Bewerber zu entnehmen. Die Berufungsverträge regeln nur die persönliche Anstellung der Professoren.

3. Die heutigen Assistenten, Akademischen Räte und Lektoren bilden gemeinsam die Gruppe der Dozenten neuer Art. Sie erhalten einen sozial und korporativ unabhängigen Status, der eine selbständige wissenschaftliche Qualifikation zur Professur ermöglicht. Der Ernennung zum Dozenten geht eine Ausschreibung voraus. Die ausschreibende Instanz ist an den Kreis der Bewerber gebunden.

4. Studienfreiheit ist zu realisieren als Garantie autonomer Studienentscheidungen, die Selbstbestimmung jedes Studenten in der Wahl des Studienzieles, der Fächerkombinationen, Prüfungsleistungen und -inhalts vorantreibt. Zur Studienfreiheit gehören von Studenten selbst organisierte Lehr- und Forschungsbetriebe, die durch Vorlesungsrezensionen, Genseminare etc. auf die Studien-, Lehr- und Forschungseinrichtungen zurückwirken. Die soziale Unabhängigkeit des Studenten ist durch eine allgemeine, familienunabhängige Gesamtförderung zu gewährleisten.

5. Auf allen Ebenen der Universitätsverwaltung werden Organe geschaffen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Professoren, Dozenten und Studenten bestehen. Die Vertreter werden von besonderen Versammlungen der Professoren, Dozenten neuer Art (vgl. 3.) und Studenten gewählt. Die allgemeinen Selbstverwaltungsorgane entscheiden in allen Angelegenheiten, die unmittelbar oder mittelbar alle Universitätsmitglieder betreffen.

6. Die Kette der nachgeordneten Selbstverwaltungsinstanzen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren. Nur wenn die Forschungsspezialisierung oder der Zusammenhang verwandter Studienrichtungen es notwendig macht, ist die fachliche Selbstverwaltung auf zwei Ebenen, dem Institut und der Abteilung, zu organisieren. Die Kompetenzen der zentralen Selbstverwaltung sind dadurch zu verstärken, daß ein von den zentralen Gruppenorganen gewählter Großer Senat (bisher Vollversammlung) Weisungsbefugnisse gegenüber allen anderen Organen der allgemeinen Hochschulverwaltung erhält.

7. Die Beratungen aller Universitätsgremien sind öffentlich.

Die Studentenschaften betrachten diese Maßnahmen als notwendige Zwischenfixierung eines Demokratisierungsprozesses, der es der Hochschule überhaupt erst ermöglicht, ihre Aufgaben in kritischer Rationalität gegenüber Staat und Gesellschaft zu erfüllen. Die Studentenschaften fordern Hochschulreform als Teil einer über das gesamte Bildungswesen hinausgreifenden Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft.

II. Konkrete Modellvorschläge realisieren

In einer Unterredung mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Minister Scherer (Saarbrücken), forderte der VDS die experimentelle Realisierung und Beobachtung konkreter Modellentwürfe.

Das Beharren der Studenten auf der Demokratisierungsforderung wird nicht allein von einer großen Anzahl unverbesserlicher, scheidemokratischer Ordinarien diskreditiert (siehe Erklärung der Marburger Professoren

vom Mai 1968). Viele verantwortungsbewußte Professoren halten den Anspruch zwar für legitim, die Demokratisierung aber für unpraktikabel und dysfunktional. Das Versagen der Ordinarienuniversität stützt diese — im übrigen unbewiesene (siehe Saarbrücker Rektorenerklärung) — Befürchtung nicht. Da aber unsere Argumente wenig ausrichten, müssen Modellfälle geschaffen werden, die die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Reformkonzeptionen erweisen. Unverzüglich sind solche Versuche von den Kultusministerien zu initiieren, zu fördern und verbindlich auszuwerten. Dazu gehört, daß die Kultusverwaltung die fortschrittlichen Ansätze einzelner Institutsdirektoren unterstützt und z. B. durch eine öffentliche Erklärung verhindert, daß diese stillschweigend von den Fakultäten wieder gebremst werden. Die Autonomie der Universität darf dabei allerdings nicht verletzt werden.

Die Hochschulgesetze müssen den Universitäten genügend Spielraum für progressive Experimente lassen und diesen Erfahrungen entsprechend modifiziert werden.

Der VDS fordert Kultusminister- und Westdeutsche Rektorenkonferenz auf, folgende Punkte zu unterstützen:

1. Bildung von Instituten, die von einem Institutsrat geleitet werden (Mitglieder sind Professoren und in gleichem Umfang gewählte Assistenten- und Studentenvertreter). Das Institut (Vollversammlung) gibt sich eine Satzung, die vom Universitätsparlament zu bestätigen ist. Die Beratungen des Instituts sind öffentlich. In der Vollversammlung ist das Personal des Instituts stimmberechtigt zu beteiligen, im Institutsrat mit beratender Stimme.

2. Durchbrechen der fixen Fakultätsgrenzen durch Bildung projektbezogener Arbeitsgruppen. Aufbau eines flexiblen Abteilungssystems mit einem paritätisch besetzten Abteilungsrat, an dem die nicht gewählten Professoren mit beratender Stimme teilnehmen, z. B. Auflösung einer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in eine juristische, wirtschaftswissenschaftliche und eine soziologisch-psychologische Abteilung.

3. Bildung eines Universitätsparlaments aus insgesamt 100 Professoren, Dozenten (neuer Art; bisherige Assistenten, Akademische Räte und Lektoren), Studenten sowie Vertretern der Universitätsangestellten und des „öffentlichen Lebens“. (Ein „Beirat“, wie ihn z. B. Ministerpräsident Kühn [NRW] vorgeschlagen hat, kann die Verbindung zu den außeruniversitären Gruppen nicht herstellen.) Das Universitätsparlament bestimmt die allgemeine Richtung der Universitätspolitik, wählt den Rektor etc.

4. Der Senat besteht aus drei bis fünf Vertretern der Professoren, Dozenten (Assistenten) und Studenten. Er ist an Beschlüsse des Universitätsparlaments gebunden, unterstützt und berät den Rektor bei deren Ausführung etc. Ein Kleiner Senat kann die zentrale Selbstverwaltung viel effektiver ausrichten, und die Diskussion um den Rektor (Präsident- oder Kanzlervorfassung) verkürzt sich dadurch entscheidend.

5. Besonders strittig ist die Frage der Öffentlichkeit aller Universitätsgremien. Der VDS bedauert, daß die WRK sich nur deshalb nicht mit dem entsprechenden Antrag des VDS beschäftigt hat, weil „er ein Ultimatum enthält“. Die Praktikabilität der Öffentlichkeit, die ja keine totale Politik der „offenen Tür“ bedeutet, sondern die prinzipielle Informationsfreiheit und Nachprüfbarkeit aller Entscheidungsprozesse, kann sich nach dem gegenwärtigen verhärteten Stand der Diskussion nur an einem Modellfall erweisen.

6. Das gleiche gilt für die Frage der Berufung. Der Geheimnischarakter des augenblicklichen Verfahrens ist eine der wesentlichen Ursachen für das Versagen der Ordinarienuniversität. Der in Regensburg gemachte Versuch mit einem Ausschreibungsverfahren

ist konsequent bis zur tatsächlichen Überprüfbarkeit auszugestalten. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag des Instituts und ist von der Abteilung auszusprechen. Die Verhandlungen führt eine paritätisch besetzte Dreierkommission. Die Habilitation ist nicht Voraussetzung.

Der VDS sieht nach der ständigen Ablehnung seiner Vorschläge, die nicht mit Argumenten begründet wird, sondern stets mit dem Hinweis auf eine unkontrollierte Erfah-

rung, in dem Weg, über Modellversuche zu empirischen Daten zu kommen, eine Möglichkeit, die verlorengegangene gemeinsame Basis in der Hochschulreform herzustellen.

Der VDS wird in den nächsten Monaten eine revidierte Fassung des Neugründungsgutachtens vorlegen. Er hofft außerdem auf die Unterstützung der Bundesministerien bei der Einrichtung einer Hochschulreformkommission, die detaillierte Vorschläge zum Aufbau der Universität machen soll.

EXTRA-DOKUMENTATION

OTTO-SUHR-INSTITUT: VORLAGE EINER NEUEN SATZUNG

Nach 10stündiger Debatte verabschiedete eine Vollversammlung des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität (vormals Deutsche Hochschule für Politik, dann "OSI", während der Demonstrationen gegen die Einführung der Notstandsgesetzgebung in Karl-Liebknecht-Institut umbenannt) einen Satzungs-vorschlag, der - wenn er vom Akademischen Senat gebilligt wird, woran kaum zu zweifeln sein dürfte - der bisher größte Schritt auf dem Wege zu einer Hochschulreform ist. Er führt die Gleichberechtigung von Professoren, Dozenten und Beamten des Instituts und der Studenten ein. EXTRA-Dienst dokumentiert die Vorlage für eine Institutsordnung im Faksimile der Studentenzeitung der TU, "Anrisse"

§ 1 — Allgemeines

Das Institut ist eine Einrichtung der Freien Universität Berlin und vertritt in Lehre und Forschung den Fachbereich der Wissenschaft von der Politik (Politologie). Es ist Rektor und Senat der Freien Universität unmittelbar unterstellt.

§ 2 — Aufgaben

Das Institut

a) untersucht in Forschung und Lehre die Gestaltung des öffentlichen Lebens unter empirisch-analytischen und normativen Aspekten mit einer Vielfalt wissenschaftlicher Methoden; es erarbeitet damit Voraussetzungen für die Erweiterung der Freiheit und Selbstbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft; es arbeitet mit anderen Einrichtungen der Freien Universität unter weitgehender Selbstbestimmung und Kooperation aller Beteiligten zusammen;

b) bildet den wissenschaftlichen Nachwuchs aus;

c) betreibt Öffentlichkeitsarbeit und fördert die Erwachsenenbildung im Zusammenwirken mit politischen, sozialen und kulturellen Organisationen und Gruppen;

d) widmet sich der Pflege der internationalen Beziehungen auf seinem Lehr- und Forschungsgebiet durch persönlichen Austausch und Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und politischen Institutionen.

§ 3 — Mitglieder

Das Institut setzt sich zusammen aus

a) den Inhabern der Lehrstühle für die Wissenschaft von der Politik;

b) den Dozenten, soweit sie Daueraufgaben in der Lehre und Forschung des Fachbereichs wahrnehmen (Außerplanmäßige Professoren, Wissenschaftl. Räte, Privatdozenten, Akad. Räte und Oberräte, hauptamtliche Lektoren);

c) den wissenschaftlichen Assistenten sowie den wissensch. Hilfskräften und den wissensch. Tutoren, soweit sie eine akademische oder Staatliche Abschlussprüfung abgelegt haben;

d) den Arbeitern, Angestellten und Beamten des Instituts (Universitätsbedienstete);

e) den Studenten der Politologie (Hauptfach- und Nebenfachpolitologen). Doppelmitgliedschaft ist ausgeschlossen.

§ 4 — Gliederung in Facheinheiten

Das Institut gliedert sich in Facheinheiten. Sie stellen dezentralisierte Arbeitsbereiche dar, in denen von allen Beteiligten Lehr- und Forschungsvorhaben diskutiert, geplant, koordiniert, durchgeführt und kritisiert werden.

Sie fassen jeweils mehrere Lehrstühle als Sachbereiche zusammen. Über die genaue Einteilung entscheidet der Institutsrat.

Jede Facheinheit bildet eine Fachkommission; sie setzt sich zusammen aus

a) den jeweiligen Lehrstuhlinhabern,

b) einer ebenso großen Zahl von Dozenten und Assistenten der Facheinheit (gemäß § 3 b und c), die für ein Jahr von einer Wahlversammlung aller Dozenten und Assistenten der Facheinheit bestimmt werden,

c) einer ebenso großen Zahl von Studenten, die vom Plenum der Seminare und Übungen der betreffenden Facheinheit mit Mehrheit gewählt werden,

d) einem Personalvertreter (gemäß § 3 d), der für ein Jahr von der Betriebsversammlung gewählt wird.

Die Fachkommissionen beraten öffentlich. Sie haben ein Vorschlagsrecht für Lehre und Forschung und in Haushalts- und Personalangelegenheiten. Sie entwickeln Formen der Kritik von Lehrveranstaltungen und Forschungsergebnissen.

In den Facheinheiten können sich jederzeit zur Bearbeitung bestimmter Projekte Forschungs- und ad-hoc-Arbeitsgruppen bilden.

Außerhalb der Facheinheiten können 10 Prozent der Mitglieder zweier der folgenden Gruppen Lehr- und Forschungsvorhaben durchführen:

a) Lehrstuhlinhaber (gemäß § 3 a),

b) Dozenten und Assistenten (gemäß § 3 b und c),

c) Studenten (gemäß § 3 e).

Diese Lehr- und Forschungsgruppen haben das gleiche Vorschlagsrecht gegenüber dem Institutsrat wie die Facheinheiten. Ihre Mitglieder sind zugleich Mitglieder der Facheinheiten.

§ 5 — Institutsorgane

Organe des Instituts sind:

- a) die Institutsvollversammlung,
- b) der Institutsrat,
- c) die Institutsleitung.

§ 6 — Institutsvollversammlung

Die Institutsvollversammlung ist die Versammlung aller Mitglieder des Instituts (gemäß § 3). Sie wird mindestens zweimal im Semester vom Vorsitzenden des Institutsrates mindestens 7 Tage vorher einberufen. Außerdem tritt sie zusammen

a) auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des Institutsrates,

b) auf Antrag von je 30 Prozent der Mitglieder zweier der in § 3 genannten Gruppen,

c) auf Antrag von 30 Prozent der Mitglieder des Instituts.

Der Geschäftsführende Direktor und der Vorsitzende des Institutsrates sind verpflichtet, einen Semesterbericht über die Arbeit der Institutsleitung und des Institutsrates zu geben. Die Vollversammlung erörtert wesentliche Probleme des Instituts und der Universität; sie kann dazu in Entschließungen Stellung nehmen, wenn mindestens 30 Prozent der Mitglieder anwesend sind.

Die Vollversammlung kann verlangen, daß andere Institutsorgane über den Inhalt einer Entschließung beraten oder entscheiden.

§ 7 — Institutsrat

Der Institutsrat besteht aus

a) den Inhabern der Lehrstühle für die Wissenschaft von der Politik,

b) gleichviel Studenten der Politologie,

c) insgesamt gleichviel Assistenten, Dozenten und Personalvertretern im Verhältnis 3 : 2 : 1.

Die Kandidaten der unter b) und c) genannten Gruppen und die Lehrstuhlinhaber stellen sich der Institutsvollversammlung vor. Die Vertreter der unter c) genannten Gruppen wer-

den in Wahlversammlungen ihrer Gruppen, die studentischen Vertreter in einem dreitägigen Wahlakt geheim für ein Jahr gewählt. Nach demselben Modus können diese Gruppen auf Antrag von 10 Prozent ihrer Mitglieder ihre Vertreter im Institutsrat abwählen.

Die Mitglieder des Institutsrates können im Falle der Verhinderung ihr Stimmrecht auf andere Mitglieder übertragen. Jedoch darf auf kein Mitglied mehr als eine Stimme übertragen werden.

Der Institutsrat hat folgende Aufgaben:

- 1) Verabschiedung des Lehrplans und Koordination der Forschungspläne auf der Grundlage von Vorschlägen der Facheinheiten;
- 2) Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages;
- 3) Beratung der Personalvorschläge der Facheinheiten; Entscheidung in Personalangelegenheiten unterhalb der Ebene der Lehrstuhlinhaber, soweit sie in der Kompetenz des Instituts liegt; Vorschläge für Berufungslisten, soweit möglich nach öffentlicher Vorstellung der Kandidaten;
- 4) Verabschiedung der Prüfungsordnungen;
- 5) Jährliche Wahl des Vorsitzenden

des Institutsrates;

6) Jährliche Wahl der Institutsleitung und des Geschäftsführenden Direktors, die dem Institutsrat verantwortlich sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann der Institutsrat Ausschüsse bilden.

Der Institutsrat tagt unter Leitung des Vorsitzenden des Institutsrates im Institut grundsätzlich öffentlich. Näheres regelt eine Geschäftsordnung.

§ 8 — Institutsleitung

Die Institutsleitung besteht aus 2 Lehrstuhlinhabern (gemäß § 3 a), 1 Dozenten (gemäß § 3 b), 1 Assistenten (gemäß § 3 c), 1 Personalvertreter (gemäß § 3 d), 1 Studenten der Politologie.

Den Vorsitz führt der Geschäftsführende Direktor, der Hochschullehrer sein muß. Die Institutsleitung nominiert aus ihrer Mitte einen Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors.

Die Institutsleitung führt die laufenden Geschäfte. Sie prüft den Haushaltsvoranschlag und leitet ihn an den Institutsrat weiter.

Die Institutsleitung bildet den Prüfungsausschuß. Mitglieder, die nicht Hochschullehrer sind, haben im Prüfungsausschuß nur beratende Stimme.

Mitglieder der Institutsleitung, die nicht zugleich Mitglieder des Institutsrates sind, nehmen an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 9 — Urabstimmungen

Die Mehrheit der Mitglieder des Institutsrates oder je 30% von zweien bzw. 20% von dreien der in § 3 genannten Gruppen können eine Urabstimmung verlangen. Die zur Urabstimmung vorgelegte Frage muß mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können.

Die in § 3 genannten Gruppen stimmen getrennt ab. Ergibt sich eine Mehrheit der Mitglieder in mindestens drei Gruppen und eine Mehrheit der Institutsmitglieder, so ist der Institutsrat an diese Entscheidung gebunden.

§ 10 — Satzungsänderungen

Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Institutsrates.

§ 11 — Übergangsbestimmung

§ 1 dieser Satzung tritt in Kraft, sobald die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen sind. Bis dahin gilt sinngemäß § 1 der bisher gültigen Institutsordnung.

SPD: DER TEXT DER MAULKORB-BESCHLÜSSE

Zahlreiche Leser fragen nach dem Text der "Maulkorb-Beschlüsse" der Westberliner SPD, die auf dem Landesparteitag der Sozialdemokraten beschlossen worden sind. Westdeutsche Parteiorganisationen überlegen die Übernahme dieses "Berliner Modells". Im Faksimile anschließend die beiden Beschlüsse - einmal eine Vorlage des Landesausschusses, zum anderen einen Initiativantrag, der sich Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters Schütz auf dem Parteitag zu eigen machte.

Beschluß Nr. 92

des Westberliner Landesparteitages

Das Bemühen der Sozialdemokratie um Reformen und ihre notwendige Auseinandersetzung mit der politischen Jugend und ihren Forderungen dürfen nicht dazu führen, daß der Boden sozialdemokratischer Grundüberzeugungen und Solidarität verlassen wird. Für Mitglieder der SPD kann es keine Gemeinsamkeiten mit antidemokratischen und antiparlamentarischen Kräften geben.

Insbesondere aufgrund des Berichtes der Untersuchungs- und Feststellungskommission vom 11. März 1968 (Vietnam-Konferenz und -Demonstration am 17./18. Februar 1968), in dem es u. a. heißt:

„Bei dieser Sachlage empfiehlt die Kommission... die bei einigen Mitgliedern vorhandenen Unklarheiten, daß es für Sozialdemokraten keine gemeinsamen Aktionen mit antidemokratischen Kräften geben kann, dadurch zu beseitigen, daß die vorhandenen Grundsätze zu verbindlichen Richtlinien zusammengefaßt werden“.

beschließt der Landesparteitag im Hinblick auf die politische Verantwortung der Berliner Sozialdemokraten und ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung:

Eines großen Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei macht sich schuldig,

wer sich bewußt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wendet,

wer mit Gegnern der parlamentarischen Demokratie gemeinsame Aktionen durchführt,

wer an Demonstrationen, Kundgebungen oder Veranstaltungen teilnimmt, die erkennbar gegen die SPD gerichtet sind, sofern er sich nicht im Einvernehmen mit der Partei mit gegnerischen Kräften auseinandersetzt,

wer zum Zwecke politischer Auseinandersetzung strafbare Handlungen begeht oder dazu auffordert,

wer in diffamierender Weise öffentlich gegen die Partei, gegen ihre Repräsentanten oder gegen Beschlüsse des Parteitages oder der Parteiorganisation auftritt.

In solchen Fällen ist nach § 36 des

Entschließung Nr. 106

Der Landesparteitag macht sich die Ausführungen des Genossen Klaus Schütz in seinem Referat am 25. Mai 1968 zu den Ausschlußgründen gemäß § 36 des Organisationsstatuts zu eigen:

1. Mitglied kann nicht sein, wer einer anderen politischen Partei angehört.

2. Mitglied kann nicht sein, wer die parlamentarische Demokratie grundsätzlich ablehnt oder bekämpft,

3. wer mit antidemokratischen Parteien oder Gruppen, wie z. B. der NPD oder SED, gemeinsame Aktionen plant und durchführt,

4. wer die Gewalt als Mittel der Politik fordert und anwendet und wer zu ungesetzlichen Handlungen aufruft oder sich vorsätzlich an ihnen beteiligt,

5. Mitglied kann nicht bleiben, wer bewußt und wiederholt die Partei und ihre Repräsentanten in Form und mit Aktionen bekämpft, die geeignet sind, unsere politische Gemeinschaft in der Öffentlichkeit unglaubwürdig zu machen.

EXTRA-DOKUMENTATION

HINWEISE DER REDAKTION

DIE WAHRHEIT ÜBER KIESINGER, eine Broschüre des Jüdischen Arbeitskreises für Politik, ist über das Auslieferungslager des JAP, Michel Lang, Berlin 30, Eislebener Straße 15, Telefon 24 44 72, zu erhalten.

DAS ESTABLISHMENT ANTWORTET DER APO heißt ein Paperback des C.W. Leske-Verlages, Opladen. Die 180 Seiten starke Dokumentation bringt eine Zusammenstellung der Reaktionen auf die Aktivität der Außerparlamentarischen Opposition von Albertz und Augstein über Barzel und Benda zu Kiesinger und Lübke, Springer und Strauß. EXTRA-Dienst kommt auf das Buch noch zurück.

===== anzeige =====

FERIEN IM SCHMUGGLERDORF

Einen unkonventionellen Urlaub in einem kleinen Dorf, 45 Minuten von Ascona und Locarno entfernt, bietet die Evangelische Studentengemeinde Charlottenburg an. Termin: 17. bis 31. August 1968. Kosten: 95 DM für Unterkunft und Essen. Die Fahrtkosten können durch eine Gemeinschaftsfahrt erheblich verbilligt werden. Auskünfte bei der ESG, Berlin 12, Carmerstraße 11/II, Telefon 32 23 11.

===== anzeige =====

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

- Karl Korsch: "Arbeitsrecht für Betriebsräte" (1922), 151 Seiten, Frankfurt/Main, 1968, DM 12.00
- Auguste Blanqui: "Instruktionen für den Aufstand", 189 Seiten, Frankfurt/Main, 1968, DM 12.00
- "Für eine Revision der Sexualpädagogik", 176 Seiten, München 1968, DM 9.80
- Marx/Engels: "Über Bildung und Erziehung", 392 Seiten, Berlin/DDR, 1966, DM 8.10 plus 5 % MWSt.
- Heynowski und Scheumann: "Piloten im Pyjama", 414 Seiten, Berlin/DDR, 1968, DM 6,50 plus 5 % MWSt
- Ota Sik: "Plan und Markt im Sozialismus", 384 Seiten, Wien 1967, DM 38.00.

Bestellungen, die nicht sofort ausgeführt werden, sind nicht vergessen. Die bestellten Bücher sind dann nicht auf Lager oder vergriffen und werden sofort nach Eingang zuge stellt.

BÜCHERSTUBE IM RC, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 54 33

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: